



Demenz Support Stuttgart  
Zentrum für Informationstransfer

Stiftung Liebenau



## Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

<b>CDU</b>		
<b>Frage 1</b>		
<b>Frage 2</b>		
<b>Frage 3</b>		
<b>Frage 4</b>		
<b>Frage 5</b>		
<b>Frage 6</b>		
<b>Frage 7</b>		
<b>Frage 8</b>		
<b>Frage 9</b>		
<b>Frage 10</b>		
<b>Frage 11</b>		
<b>Frage 12</b>		
<b>Frage 13</b>		
<b>Frage 14</b>		



## Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

SPD	Klaus Maier	Gabi Rolland	Norbert Zeller
<b>Frage 1</b>	- Förderung von lebenslangem Lernen und Bildung im Alter	- direkte Wahl der Seniorenräte vor Ort - Beratung durch Experten aus Seniorenräten, Senioreneinrichtungen und Gerontologen - Mehrgenerationen-zentren	- Sicherung der politischen Teilhabe älterer Menschen, Beratung durch Seniorenräte, Experten in den Senioreneinrichtungen etc. - Stärkung der Selbstständigkeit durch Teilhabe am Arbeitsleben - Entwicklung von Konzepten für Bildung und lebenslanges Lernen - Förderung der gerontologischen Wissenschaft, Ausbau von regionalen Netzwerken - Verteidigung des AGG
<b>Frage 2</b>	- Engagement gegen Altersdiskriminierung aufgrund von Pflegebedürftigkeit und Demenz	- Anpassung an veränderte Bedingungen - Förderung von Weiterbildung und Einrichtung von Arbeitszeitmodellen	- Umbau der Arbeitswelt - Prävention und Gesundheitsförderung - altersgerechte Arbeitsbedingungen und Vermeidung von Risikofaktoren
<b>Frage 3</b>	- Bemühen um Integration, Ausbau einer selbst- und mitverantwortlichen Zivilgesellschaft	- Änderungen im Wahlrecht für Ausländer - Einsatz eines „Staatsministers für Integration“	- Fortbildungsangebote für den Erwerb interkultureller Kompetenzen, etwa in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen etc. - Verständnis Arzt - Patient: mehrsprachige Informationen, Aufbau eines Dolmetschernetzes oder Übersetzung von Einwilligungsf formularen
<b>Frage 4</b>	- Weiterentwicklung und Ausbau von Telearbeit, Teilzeit, altersgerechter Arbeit, Gesundheitsvorsorge etc.	- Bewahren und Weiterentwickeln des Bürgerschaftlichen Engagements	- Ausbau und Förderung der Infrastruktur für das Engagement Älterer wie z.B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder Ehrenamtsbörsen - Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement z.B. im Vereinsrecht - Überprüfen und Abbau von Altersgrenzen - Bürokratieabbau
<b>Frage 5</b>	- Einstellung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund, Schaffen von ehrenamtlichen	- Freiwilligendienst aller Generationen	- Stärkung der Zivilgesellschaft durch attraktive und gut ausgestattete Freiwilligendienste > einheitliche Lösung für Interessenten aus allen Generationen



	Strukturen, Abbau von Erschwernissen für Bürger mit Migrationshintergrund (Reisefreiheit, etc.)		
<b>Frage 6</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Landesinitiativen zur Förderung von Weiterbildung (neue Medien)</li> <li>- steuerfreier Anreiz der Tätigkeit, das Ehrenamt darf die Pflegeberufe nicht „aushöhlen“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehrgenerationen-zentren</li> <li>- Wohnbauförderung &gt; Modelle des generationsübergreifen den Wohnens</li> <li>- Förderung neuer Wohngemeinschaften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schutzbestimmungen (zum Beispiel der Schutz der Privat- und Intimsphäre) sollen grundsätzlich für alle Formen des organisierten Wohnens von alten und behinderten Menschen gelten</li> <li>- Ersatz des Entwurfs für die Landesheimpersonalverordnung durch eine Personalverordnung für die Pflege und Betreuung</li> <li>- die Landesförderung für Pflegeheime soll weiter zur Verfügung stehen</li> <li>- Konzentration auf den Ausbau der neuen Betreuungsformen</li> </ul>
<b>Frage 7</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- gut bezahlte Arbeit in den entsprechenden Berufen</li> <li>- Solidarität der Gemeinschaft, d.h. höherer Finanzierungsanteil durch wohlhabendere Schichten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Heimplatzquote</li> <li>- Aufbau der Pflegeinfrastruktur</li> <li>- quantitativer und qualitativer Ausbau von Pflegestützpunkten</li> </ul>	
<b>Frage 8</b>	- über das Instrument des Städtebaus: Förderung neuer Wohnformen und sozialer Netzwerke	-	
<b>Frage 9</b>	- Dezentralisierung und Schaffung einer Infrastruktur (Sozialstationen, ambulante Hilfen)		
<b>Frage 10</b>	- ambulant betreute Wohngemeinschaften stellen ein Problem dar, das etwa durch eine Mustereinrichtung aufgezeigt und gelöst werden muss	<ul style="list-style-type: none"> <li>- landesweite und regionale Datenreports</li> <li>- regionale Pflegekonferenzen</li> <li>- Einbindung aller Akteure in ein Netzwerk</li> <li>- Förderung der Pflegeforschung und Pflegelehre &gt; Etablierung eines Instituts für Pflegeforschung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vermeiden von Doppelprüfungen desselben Sachverhalts (durch den Medizinischen Dienst, Heimaufsicht, etc.)</li> <li>- Anpassung des Prüfungsaufwands</li> </ul>
<b>Frage 11</b>	- Schaffung von dezentralen Betreuungsplätzen zusammen mit Nachbargemeinden > betreute Seniorenwohnungen für ein selbstbestimmtes	- Freiburger Interventionsprojekt „Häusliche Gewalt“	<ul style="list-style-type: none"> <li>- gut ausgebildetes Personal in ausreichendem Umfang</li> <li>- Finanzierung über das Konzept der Bürgerversicherung</li> <li>- Pflegedokumentation und Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung und der Heimaufsicht</li> </ul>



	Leben (dezidiert: nicht „Heim“)		
<b>Frage 12</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einschränkung der Bürokratie</li> <li>- Überwindung der Sozialknappheit in der Pflege, bessere Bezahlung, Fortbildung etc. zur Förderung der Integration von behinderten Menschen</li> <li>- Einrichten einer Bürgerversicherung als Ersatz für die Kranken- und Pflegeversicherung</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung von Konzepten für eine Heimarztregelung</li> <li>- verbindliche Regelungen im SGB V, die eine dauerhafte Finanzierung erlauben</li> <li>- akademische Pflegeausbildung</li> </ul>
<b>Frage 13</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausweitung von Pflegestützpunkten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- quantitativer und qualitativer Ausbau von Pflegestützpunkten mit finanzieller Beteiligung der privaten Krankenkassen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau und Verbesserung des Beratungsangebots für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen</li> <li>- quantitativer und qualitativer Ausbau der Pflegestützpunkte &gt; wohnortnahe Versorgung</li> </ul>
<b>Frage 14</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung eines dezentralen Modells, ergänzt durch seniorenbetreute Wohnungen, ehrenamtlich aktive Fördervereine, kirchliche Einrichtungen, Organisationen (DRK)</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Rechtsanspruch auf eine altersgerechte und behindertenfreundliche kommunale Infrastruktur durch eine entsprechende Finanzausstattung für die Kommunen</li> </ul>



## Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

FDP	Dieter Kleinmann	Hans-Peter Wetzel
<b>Frage 1</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anknüpfen an die Enquête-Kommission „Fit fürs Leben...“</li> <li>- selbst- und mitverantwortliche Bildung und Weiterbildung</li> </ul>	
<b>Frage 2</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung</li> <li>- Fachkräfteinitiative</li> </ul>	
<b>Frage 3</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- landesweite „Integrationsbotschafter-Kampagne“</li> <li>- Fachkräfteinitiative</li> <li>- Ausbau der kommunalen Netzwerke von Integrations- und Bildungslotsen zu einem Landesnetzwerk</li> <li>- Projekte in Zusammenarbeit z.B. mit Sportvereinen, Feuerwehren und Selbsthilfegruppen, mit der offenen Altenhilfe und im Bereich der Altenpflege</li> </ul>	
<b>Frage 4</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkung der Anerkennung für Ehrenamtliche insbesondere durch angebotene Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf Landeskosten</li> <li>- Entbürokratisierung der aktiven Bürgergesellschaft</li> </ul>	
<b>Frage 5</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überführung eines Teils der Mittel für den Zivildienst in den Bereich des Bürgerengagements</li> <li>- Stärkung der Freiwilligendienste aller Generationen und der Selbsthilfe</li> </ul>	
<b>Frage 6</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- individuell gestaltbare Wohnformen für ältere Menschen als Alternative zum klassischen Pflegeheim</li> <li>- Verknüpfungen zwischen professioneller Hilfe und ehrenamtlichem Engagement, in das sich auch die älteren Menschen selbst aktiv einbringen können</li> <li>- Mehrgenerationenhäuser</li> </ul>	
<b>Frage 7</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beseitigung von wettbewerbsverzerrenden Finanzierungsunterschieden zwischen stationären und ambulanten Wohnformen</li> <li>- Durchlässigkeit und Wahlmöglichkeiten zwischen den Hilfeformen</li> <li>- Unterstützung der in der häuslichen und familiären Pflege Tätigen</li> </ul>	
<b>Frage 8</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Projekte zur Ambulantisierung stationärer Versorgungsformen</li> <li>- Maßnahmen zur Aufhebung der starren Sektorengrenzen zwischen ambulanten und stationären Versorgungsformen</li> <li>- Weiterentwicklung stationärer Pflegeeinrichtungen zu regionalen Servicezentren</li> </ul>	
<b>Frage 9</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- kein Handlungsbedarf in Hinblick auf das Landesheimgesetz, bis auf Landesheimpersonalverordnung</li> <li>- keine Gefährdung von kleinen gemeindenahen Einrichtungen</li> </ul>	
<b>Frage 10</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abbau von unnötigem bürokratischen Aufwand</li> <li>- Verhindern von Mehrfachprüfungen gleicher Sachverhalte</li> </ul>	
<b>Frage 11</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Pflegekräfte (etwa im Bereich der Gerontopsychiatrie)</li> <li>- systematische Einbeziehung ehrenamtlicher Mitarbeiter/- innen</li> </ul>	
<b>Frage 12</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Aktionsprogramm „Landärzte“ der Landesregierung</li> <li>- gezielte Förderung der ärztlichen Versorgung in Heimen</li> <li>- Unterstützung von Projekten in diesem Bereich und Innovationsformen zur Förderung einer effizienteren Abstimmung von Pflegeheimen und Medizinern in neu geschaffenen Netzwerken</li> </ul>	
<b>Frage 13</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vernetzung der eingerichteten Pflegestützpunkte mit den bereits vorhandenen vielfältigen Beratungsangeboten</li> </ul>	



*Demenz Support Stuttgart  
Zentrum für Informationstransfer*

Stiftung Liebenau



**bruderhaus DIAKONIE**  
Stiftung Gustav Werner und Haus am Berg



<b>Frage 14</b>	- Anknüpfen an die bisherige Zusammenarbeit mit den Kommunen
-----------------	--



## Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

Grüne	Franz Untersteller	Edith Sitzmann	Winfried Kretschmann	Thomas Poreski
<b>Frage 1</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überprüfung und Ausrichtung der Altersbilder an der Realität</li> <li>- Berücksichtigung und Umsetzung der Empfehlungen der Altenberichtscommission</li> <li>- Förderung von lebenslangem Lernen und Weiterbildung</li> <li>- Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im Alter &gt; Mentalitätswechsel</li> <li>- Berücksichtigung von Altersdiskriminierungen gemäß AGG</li> </ul>			
<b>Frage 2</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nachhaltige Steigerung der Beschäftigungsbeteiligung Älterer in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Unternehmen und Krankenkassen</li> </ul>			
<b>Frage 3</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Übertragung des MiMi-Projekts („von Migranten für Migranten“), das über muttersprachliche Gesundheitslotsen Zugänge in das deutsche Gesundheits- und Pflegesystem aufzeigt</li> <li>- interkulturelle Öffnung und Modernisierung der Altenhilfe durch gezielte Kooperation mit Migranten-Organisationen</li> <li>- kultursensible Angebote und Dienste (Wohnformen fürs Alter, Pflegeangebote, auch ambulante Pflege) für ältere Migranten</li> <li>- Bereitstellung praktischer Informationen über das Recht auf Sozialhilfe, Renten, Gesundheitsfürsorge im Gastland und dem Herkunftsland durch öffentliche Institutionen, Gemeindezentren, Migranten-Organisationen, Kulturzentren und religiöse Institutionen</li> </ul>			
<b>Frage 4</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- realistische und ausdifferenzierte Altersbilder &gt; Überprüfung und wo möglich Abbau von Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement</li> <li>- Aus- und Aufbau eines generationenübergreifenden Freiwilligendienst</li> <li>- Ausbau der Infrastruktur für das Engagement Älterer bei Freiwilligenagenturen und Bürgerbüros</li> </ul>			
<b>Frage 5</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufbau neuer altersoffener sowie generationenübergreifender Freiwilligendienste</li> <li>- gleiche Bedingungen für alle Dienstleistenden und Zusammenwachsen von bewährten Freiwilligendiensten und dem neuen Bundesdienst</li> </ul>			
<b>Frage 6</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- vielfältige, auch neue und alternative Wohnformen im Alter</li> <li>- Verwendung der auslaufenden Gelder aus der Pflegeheimförderung in Baden-Württemberg für die Förderung neuer Wohnformen</li> </ul>			
<b>Frage 7</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung eines modernen Einrichtungs- und Dienstrecht (Vgl. Bayern)</li> <li>- „Welfare-Mix“ in der Pflege</li> </ul>			
<b>Frage 8</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau des Angebots an Tagespflegeeinrichtungen</li> <li>- Acquire und Qualifikation von Freiwilligen für haushaltsnahe und sozialpflegerische Tätigkeiten</li> </ul>			
<b>Frage 9</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung des Gesetzentwurfs des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege</li> </ul>			
<b>Frage 10</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Qualitätssicherung in der Pflege</li> <li>- Vermeiden von Doppelprüfungen</li> <li>- Höchstmaß an Transparenz in der Pflege (durch Prüfberichte und mentale Offenheit)</li> </ul>			
<b>Frage 11</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen als oberste Priorität</li> <li>- Schaffung einer verlässlichen Datenlage im Hinblick auf mechanische Fixierungen und „ruhigstellende“ Medikamente</li> <li>- absolute Transparenz und Öffentlichkeit</li> <li>- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements</li> <li>- Unterstützung sowie verpflichtende Fort- und Weiterbildungen</li> <li>- Erfassen von technischen Hilfsmitteln zur Vermeidung von Fixierung über den</li> </ul>			



	Hilfsmittelkatalog (Poreski)
<b>Frage 12</b>	- zusätzliche Mittel für „Heimärzte“
<b>Frage 13</b>	- sinnvolle Verankerung und Ausstattung von Pflegestützpunkten - Aufbau neuer Pflegestützpunkte - Pflegeberatung muss als aufsuchender Dienst funktionieren, d.h. präventive Hausbesuche abstimmen und aktiv auf ältere und pflegebedürftige Menschen zugehen
<b>Frage 14</b>	- Einrichtung von regionalen Gesundheitskonferenzen und kommunalen Runden Tischen > bessere Vernetzung - Handlungsspielräume für Kommunen fördern, Nachdenken über finanzielle Spielräume - zu ergänzen um eine von der Landesregierung strukturell unabhängige Landesaufsicht über kommunale Sozialpolitik, bei der auch ein wirksames Beschwerdemanagement anzusiedeln ist (Poreski)





## Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

Die Linke	Lothar Schuchmann
<b>Frage 1</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Analyse der aktuellen sehr unterschiedlichen sozialen und gesellschafts-politischen Situation &gt; Maßnahmen praktischer Politik</li> <li>- Selbstbestimmung Hilfsbedürftiger über Pflegemaßnahmen</li> <li>- Unterstützung pflegender Angehöriger</li> <li>- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Pflegebereich Beschäftigten</li> <li>- Berücksichtigung der Vielfalt der kulturellen Hintergründe älterer Menschen</li> </ul>
<b>Frage 2</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- altersgerechte Fortsetzung der Berufstätigkeit in körperlicher und psychischer Gesundheit und Leistungsfähigkeit</li> <li>- Frühverrentung ohne wesentliche Abzüge</li> <li>- Entgegenwirken einer „Zwangsverrentung“ trotz nachweislich guter Leistungsfähigkeit und klar geäußertem Arbeitswillen durch Arbeitgeber</li> <li>- betriebliches Altersmanagement</li> <li>- Aufweichung der starren Altersgrenzen zugunsten einer individuell an der physischen und psychischen gesundheitlichen Situation und Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers orientierte Weiterbeschäftigung</li> <li>- Ablehnung der Rente ab 67</li> </ul>
<b>Frage 3</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffen von (Generationen übergreifenden) Einrichtungen, die entsprechend den kulturellen und sozialen Vorstellungen von Migranten gestaltet sind (Mehrgenerationenhäuser)</li> <li>- interkulturelle Kompetenz in Seniorenbüros und Pflegestützpunkten</li> <li>- Berücksichtigung von MigrantInnen sind bei der Einstellung von MitarbeiterInnen &gt; Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement etwa in Integrationskursen</li> </ul>
<b>Frage 4</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht an materiellem Gewinn orientierte Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Selbstbestimmtheit etwa in Form von Vereinen, Arbeitsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen</li> <li>- Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement</li> </ul>
<b>Frage 5</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verzahnung von „Freiwilligendiensten aller Generationen“ mit Erfahrungen in der lokalen Engagementförderung und die Initiierung neuer Ansätze (Projektpartner: Bundesagentur für Arbeit, IHK, HWK, CCHF, Seniorenbegegnungsstätten, Seniorenbüro etc.)</li> </ul>
<b>Frage 6</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung eines positiven Miteinanders der Generationen &gt; zusätzliche tragende quasi-verwandtschaftliche (wahlverwandtschaftliche) und damit verbindliche Netzwerke</li> </ul>
<b>Frage 7</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- umfassende Verbesserungen in der Alten- und Krankenpflege</li> <li>- Selbstbestimmung von hilfebedürftigen Menschen über ihre Lebensbedingungen und Maßnahmen</li> </ul>
<b>Frage 8</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung pflegender Angehöriger</li> <li>- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Pflegebereich Beschäftigten</li> </ul>
<b>Frage 9</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- das System der Pflegestufen ist durch ein ganzheitliches Pflegekonzept zu ersetzen</li> <li>- flächendeckende Einrichtungen der ambulanten Pflege mit gut ausgebildeten und bezahlten Beschäftigten („Pflegestützpunkte“)</li> <li>- Leben in Mehrgenerationenhäusern muss durch sozialen Wohnungsbau für alle Menschen finanzierbar sein</li> <li>- erweiterter Pflegebedürftigkeitsbegriff zur Überwindung der rein körperbezogenen Hilfeleistung und eine verbesserte soziale Teilhabe, auch für Demenzkranke</li> <li>- Einführung von Transparenz-Kriterien, die Pflegeheime für die Öffentlichkeit und potentielle Heimbewohner durchsichtiger machen &gt; an der Realität orientiertes Bewertungssystem</li> </ul>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>unter Beteiligung der Angehörigen der Pflegeheim-Bewohner und des Heimbeirats</li> <li>- Durchsetzung des Rechts auf freie Heimplatzwahl für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen</li> <li>- Verbesserung der Mindestheimbauverordnung</li> <li>- Recht auf ein Einzelzimmer und ausreichenden Wohnraum im Altenheim</li> <li>- permanente Überwachung gesetzlicher Anforderungen</li> <li>- personelle Aufstockung der Heimaufsicht in den Landratsämtern</li> <li>- Inspektionen von Heimaufsicht und MdK ohne Anmeldung</li> <li>- Aufstockung des Personals in den Heimen</li> <li>- Weiterentwicklung der Heimmitwirkungsverordnung</li> <li>- Informations-, Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte für Angehörige und Bekannte, die Pflegbedürftige unterstützen</li> <li>- Strafrechtliche Verfolgung von gefährlicher und fahrlässiger Pflege</li> </ul>
<b>Frage 10</b>	- dialogische Qualitätsentwicklung ohne das betriebswirtschaftliche Rechenwerk mit strikter neoliberaler Profitlogik
<b>Frage 11</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einrichtungen, die überwiegend der Profit-Logik folgen, sind zu schließen</li> <li>- Durchsetzung eines den Aufgaben entsprechenden Personalschlüssels</li> <li>- „Verklammerung“ der Alten- und Krankenpflege sowie aller weiterer relevanter Berufe des Sozialwesens mit eigener Berufsordnung (vergleichbar mit den Ärztekammern)</li> </ul>
<b>Frage 12</b>	- Änderungen im Abrechnungssystem (KV-Baden-Württemberg) oder Schaffung von eigenständigen Heimärzten im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)
<b>Frage 13</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Angliederung von Pflegestützpunkten an die Quartiersarbeit in den jeweiligen Stadtvierteln</li> <li>- Verbesserung der Personalstärke und Ausstattung der Pflegestützpunkte</li> </ul>
<b>Frage 14</b>	- ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen



**Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg  
 März 2011**

Die Violetten	Michael Pfeiffer
<b>Frage 1</b>	- Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle, auch eben für ältere Menschen (ca. 1000,-- Euro)
<b>Frage 2</b>	- darüber hinaus müssen Erkrankungen finanziell bezuschusst, sowie hierfür besondere Einrichtungen geschaffen bzw. ausgebaut und entsprechend qualifizierte Pflegekräfte vermehrt eingesetzt werden
<b>Frage 3</b>	
<b>Frage 4</b>	
<b>Frage 5</b>	
<b>Frage 6</b>	
<b>Frage 7</b>	
<b>Frage 8</b>	
<b>Frage 9</b>	
<b>Frage 10</b>	
<b>Frage 11</b>	
<b>Frage 12</b>	
<b>Frage 13</b>	
<b>Frage 14</b>	